

Bezugspreis:

Belegpreis: 36.— M. monatl. 12.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Post- bezug: Monatlich 12.— M. einjähr. 120.— M. (einschl. Zustellungsgebühr). Unter Kreuzband für Deutschland, Dänig, des Saar- und Rheinlandes, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Österreich, Ungarn und Luxemburg 22.— M. für das übrige Ausland 24.— M. Post- bezugungen nehmen an Österreich, Ungarn, Böhmen, Slowakei, Dänemark, Holland, Estland, Schweden und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags- beilage „Volk und Welt“, der Unter- zeitungsbilags „Hammer“ und der Beilage „Stellung und Kämpfer“ erscheint wochentlich zweimal, Son- tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die neugegründete „Kommunistische Zeitung“ hat 6.— M. „Kleine Anzeigen“ das jetzige Wort 2.— M. (zu- fällig zwei jetzige Worte), jedes weitere Wort 1.— M. Stellungs- und Schlafstellenanzeigen das rechte Wort 1.— M., jedes weitere Wort 60 Hg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-An- zeigen für Abonnenten 300 Hg. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerungsgebühr.

Anzeigen für die n. a. h. s. Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S W 68, Linden- straße 8, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Worisplatz 15195-97  
Expedition Worisplatz 11753-54

Freitag, den 4. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Zueraten-Abteilung Worisplatz 11753-54

## Deutsche Arbeit für Rußlands Aufbau.

Moskau, 3. November. (Rusischer Junkspruch.) Auf der Nikolai-Bahn (Moskau-Petersburg) fand die vertragsmäßige Prüfung der ersten deutschen Lokomotiven statt und ergab günstige Resultate. Der Prüfung wohnten bei: Der Vertreter des Volkswirtschafts- und Verkehrsministeriums für Rußland Prof. Wiedensfeld, Vertreter der deutschen und schwedischen Industrie und des amerikanischen Großhandels, sowie die schwedische Handelsdelegation. Während des anschließenden Festessens im Speisewagen des Probezuges erwiderte Prof. Wiedensfeld auf die Ansprache des Vorsitzenden der russischen Eisenbahnkommission Prof. Komonoffow und erklärte, daß sowohl Deutschland wie Rußland vor der Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Wiederaufbaus stünden und daher in gleicher Weise mit Kräften und Material sparen müßten. Deutschland habe alles Interesse daran und Rußland könne sich darauf verlassen, daß von Deutschland ihm stets das Beste und Geeignete geliefert werde. Die deutsche Lokomotivbau- industrie habe durch ihre Lieferungen gezeigt, daß sie ohne Rücksicht auf die Staats- und Wirtschaftsformen Rußlands gewillt sei, Wirtschaftsverbindungen mit Rußland zu pflegen.

Riga, 1. November. (sk.) Hier sind auf der Fahrt nach Moskau Vertreter deutscher, amerikanischer und englischer Maschinenfabriken durchgereist. Von deutschen Industriewerken waren u. a. vertreten: Fr. Krupp, Bergig, Linke-Hoffmann-Breslau und „Bulkan“-Stettin. Die deutschen Vertreter erklärten, die Reise diene Verhandlungen mit der Sowjetregierung, besonders über die Lieferung von Lokomotiven, von denen rund 700 von der Sowjetregierung bestellt sind.  
Der Vertreter Sowjetrußlands auf der in Riga tagenden Wirtschaftskonferenz teilte mit, daß die Sowjetregierung entsprechend ihrer neuen Wirtschaftspolitik zur Einführung von Aus- und Einfuhrzöllen übergehen werde. Ein allgemeiner Zolltarif sei bereits aufgestellt. Dieses Verfahren lasse sich, wenn Sowjetrußland überhaupt mit dem Ausland in Handelsbeziehungen treten wolle, nicht vermeiden, doch würde man bei Handelsabkommen mit fremden Staaten stets auf das gegenseitige Interesse Rücksicht nehmen.

### Liquidation des Karputzsches.

London, 3. November. (WTB.) Wie Reuters erfährt, hat der Volksherr eine Note der ungarischen Regierung erhalten, in der die Absicht ausgedrückt wird, die gesamte Dynastie Habsburg vom Thron auszuschließen. Die Regierungen der kleinen Entente sind von diesem Schritt unterrichtet und aufgefordert worden, zu demobilisieren.

### Die tschechische Mobilisierung.

Prag, 3. November. (WTB.) In der heutigen Sitzung des Budgetausschusses erklärte Ministerpräsident Beneš, daß die Mobilisierung fast überall sehr gut und in musterhafter Ordnung vor sich gegangen sei. Alle Nationalitäten hätten ihre Pflicht in einem solchen Maße erfüllt, daß

der Staat vollkommen zufrieden

sein könne. Die Regierung werde entschieden dafür eintreten, daß dem Geseh überall Genüge geleistet werde.

Der Ministerpräsident sprach über die Ereignisse in Brasilien sein Bedauern aus. Er habe Beweise in Händen, daß die Truppen und die Behörden eine korrekte Haltung eingenommen und insbesondere das Militär seine Geduld erschöpft hätte, bevor es zu den Waffen griff. Es sei eine erfreuliche Erscheinung, daß die Vertreter der politischen Parteien in Brasilien, als sie sahen, daß die Schranken des Gesehes überschritten worden seien, alles getan hätten, um Schwierigkeiten vorzubeugen. Die Regierung werde in der Frage einer

### Entschädigung für die Hinterbliebenen

und für die Verwundeten mit dem größten Wohlwollen vorgehen. Die Regierung fordere alle vernünftigen Elemente auf, dahin zu wirken, daß sich ähnliche Ereignisse nicht mehr wiederholen.

Zu den Anfragen wegen der Verhaftungen in der Slowakei erklärte der Ministerpräsident, die Regierung habe Maßnahmen getroffen, damit streng in den Grenzen des Gesehes vorgegangen werde, und die einzelnen Fälle so rasch wie möglich dem Untersuchungsrichter vorgelegt werden.

Ueber

### die auswärtige Politik

folgte der Ministerpräsident, daß in den letzten Tagen ein vollkommenes Einvernehmen zwischen den Alliierten und den Mitgliedern der kleinen Entente zustande gekommen sei. Die Regierung werde bei der weiteren Entwicklung des Konflikts in friedlicher Weise vorgehen, indem sie überall, wo nötig, Beweigründe und nicht die äußersten Mittel zur Geltung bringen werde. Die außerordentlichen Maßnahmen müßten noch kurze Zeit andauern, damit alle Bedingungen angenommen und verwirklicht werden, um die Lage zu klären. Die Regierung sei jedoch entschlossen, keinen einzigen Tag die außerordentlichen Maßnahmen länger andauern zu lassen, als es unumgänglich nötig sei.

### Kein Blutbad in Eger.

Nach amtlicher Versicherung der Prager Regierung ist in Eger überhaupt nichts passiert. Wehrminister Udrzal erklärte die angebliche Berner Meldung als gänzlich erfunden, und auch die deutschen Mitglieder des Ausschusses erhoben dagegen keinen Einwand. Seit dem Oktober finden auch gar keine Versammlungen mehr statt.

### Staatsretter Hejjas.

Wien, 3. November. (Dena.) Das in Wien erscheinende ungarische Blatt „Becké Magyar Ujság“ berichtet: Das Detachement von Hejjas zog Sonnabend in Eisenstadt ein. Die reichen Juden boten gleich nach Ankunft den Führern eine größere Brandschätzung an, da sie angenommen hatten, daß sie dadurch den Verfolgungen entgehen und die Truppen ihre Vermögen unangestastet lassen werden. Diese Methode hatte sich während des Aufenthaltes der Ostbun- gartuppen, die vor Hejjas mit Karl abgezogen waren, glänzend bewährt, sie fruchtete aber nicht beim Hejjas-Kommando, das erklärte, es sei nicht geneigt, mit sich handeln zu lassen, es nehme kein Geld an und werde nach seinem Gutdünken Verfügungen treffen. Kaum hatte sich die Deputation, die das Lösegeld angeboten hatte, entfernt, als auch schon in der Stadt das Rauben und Plün- dern einsetzte. Die Soldaten überfielen zusammen mit dem Böbel die Fabrik und die Wohnung des Lederfabrikanten Spitzer, die vollständig ausgeplündert wurde. Daraus folgten die Wohnungen der übrigen Juden, deren Inhaber verprügelt und beraubt wurden. Nach den bisherigen Berichten schleppten die Hejjas-Truppen 100 im wehrfähigen Alter stehende Juden mit sich fort. 20 Familien sind nach Wiener Neustadt geflüchtet.

### Die internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 2. November. (WTB.) Die Kommission für landwirtschaftliche Fragen empfahl der Internationalen Arbeitskonferenz die Annahme einer Empfehlung, durch welche die Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation ersucht werden, Maßnahmen zu ergreifen, die den landwirtschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen jedes einzelnen Landes entsprechen und geeignet sind, der Arbeitslosigkeit der Landarbeiter vorzubeugen. Die Kommission empfiehlt namentlich die Urbarmachung unproduktiver Ländereien, die Ergreifung von Maßnahmen zur Erleichterung der Kolonisation u. a. Lande selbst, die Erleichterung einer intensiveren Bebauung durch verbesserte Bildungsmethoden und die Erleichterung der Bildung von Landarbeitergenossenschaften zur Bebauung und zum Kauf von Ländereien.

Die Bleiweiß-Kommission der Internationalen Arbeitskonferenz beschloß, eine Untersuchung von medizinisch fachmännischer Seite über die Schädlichkeit des Bleiweiß, das Ausstrahlen der Erkrankungen und deren Folgen, über den technischen Wert der Erzfahmittel und die wirtschaftlichen Folgen der Anwendung der Erzfahmittel anstellen zu lassen.

Die Kommission für Sonntagsruhe, der zwei Schweizer Delegierte angehören, bestellte einen Unterausschuß, der darüber entscheiden soll, ob die Beschlüsse der Kommission in einem Konventionen-Entwurf oder nur in einer Empfehlung zusammengefaßt werden sollen.

Genf, 3. November. (EP.) Die internationale Arbeitskonferenz befahte sich mit dem Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter. Bei der Diskussion über einen von dem spanischen Arbeitervertreter Caballero eingebrachten Antrag, der jede gesetzliche Beschränkung der Rechte der Landarbeiter aufgehoben wissen wollte, nahm Jouhaux (französl. Gewerksch.) in scharfer Form Stellung gegen den von der spanischen Regierung vertretenen Standpunkt, daß gewisse Ausnahmen von den Freiheiten und Rechten der Arbeiter gemacht werden müßten, wenn die öffentliche Ordnung bedroht sei. Der Antrag Caballeros wurde schließlich abgelehnt, da die Konferenz nicht das Recht habe, in die innere Gesetzgebung einzelner Staaten einzugreifen. Ein vom Präsidium eingebrachter Antrag, wonach sich jedes Mitglied der internationalen Arbeitsorganisation verpflichtet, den Landarbeitern dieselben Rechte auf Koalition und Vereinsbildung wie den sonstigen Arbeitern einzuräumen, wurde nach einigen Abschwägungen einstimmig dem Redaktionskomitee überwiesen und kann somit als angenommen gelten.

### Ende des schlesischen Landarbeiterstreiks.

Letztere Mitteilung über den Umfang des schlesischen Landarbeiterstreiks wird durch folgende WTB-Meldung aus Breslau, die in später Abendstunde eintraf, überholt:

Der Landarbeiterstreik ist, nachdem die von dem Vertreter des Oberpräsidenten als Bedingung für Verhandlungen geforderte Wiederaufnahme der Arbeit bis zum 3. November mittags erfolgt ist, durch Verhandlungen beigelegt worden. Den Arbeitern wurde auf den Vorlohn ein Zuschlag von 20 Prozent gewährt.

### Kursputzerei.

Die Mark steht den Valutapetulantien noch nicht tief, der Dollar noch nicht hoch genug. Darum streuen diese Leute überall Gerüchte von drohenden Links- und Rechtsputzungen und von einem Attentat auf Birch aus; in Bremen haben sie damit den Dollar auf 275 Mark getrieben.  
Höhe des Patriotismus.

Verhaftungen in Finnland. Wegen angeblicher kommunistischer Verschwörung sind in Espborg 30 Personen verhaftet worden.

## Vor den neuen Steuern.

Noch nie hat ein Parlament vor so ungeheuren Steuer- aufgaben gestanden wie jetzt der Reichstag, der soeben zur Be- ratung der neuen Regierungsvorlagen zusammengetreten ist. Ein jeder ist sich bewußt, daß der Reichshaushalt ins Gleich- gewicht gebracht werden muß, soll nicht das schlechende Elend der Geldentwertung, das sich in letzter Zeit zu einem katastrophalen Abstieg gesteigert hat, schlimmer als die raffi- niertesten Verbrauchssteuern weiter die Lebenshaltung der breiten Massen herabdrücken. Aber das ist erst ein Teil der Aufgabe. Vor uns liegen drückende, wenn nicht nieder- schmetternde Verpflichtungen aus dem Reparationsabkommen. Die Beträge, die sich in Geldmarktmilliarden so lächerlich niedrig lesen, schnellen zu ungeheuren Summen an, nachdem die Mark noch rund nur 2 Pf. der Vorkriegswährung gilt. Noch kein Protest hat Widerungen dieser ungeheuren Lasten erreicht. Und so bleibt als letzter Weg nur noch der, durch Er- füllung des Möglichen die Unerfüllbarkeit des ganzen Friedensvertrages vor der Welt zu beweisen. Das zu einem Zeitpunkt, wo durch die Teilung Oberschlesiens die Grundlage der deutschen Güterproduktion und damit die Zahlungskraft Deutschlands eine neue, nicht ab- sehbare Schwächung erfahren hat!

Die Lage ist verteuert ernst, und wir begreifen vollständig die Gefühle derer, die sich um die Verantwortung für die kommenden Beschlüsse durch den Austritt aus der Regierung gedrückt haben. Die Regierung hat ein ganzes Steuer- bukkett ausgearbeitet, über dessen erste Vorlage wir seiner- zeit berichtet haben, ein Bukett von 15 Steuern, indirekte und direkte traulich nebeneinander. Die Entwürfe sind bis auf das Geseh zur Erhöhung der Kohlensteuer, jetzt von Reichswirt- schaftsrat und Reichsrat neu bearbeitet, in unvermehrer und vom Standpunkt des Steuerzahlers nur wenig verbesserter Auflage dem Reichstag zugegangen. Es hat keinen Zweck, sich in Fäulungen zu wiegen und zu hoffen, daß es mit einer Erfassung des Besitzes allein getan wäre. Wer diese Hoffnung angeht des Reichsbedarfes je gehegt hat, muß sich durch die bittere Tatsache belehren lassen, daß die Erträge der bisher geplanten Steuern dem Reichshaushalt nicht einmal eine nennenswerte Erleichterung gegenüber dem Voranschlag bringt. Sind doch in der gleichen Zeit, wo die Entwürfe von den gesetzlichen Körperschaften beraten wurden, die Ausgaben des Reiches um die erhöhten Beamtengehälter und um die zu erhöhenden Löhne derart gestiegen, daß der erwartete Er- trag von 35 Milliarden Mark von ihnen so gut wie völlig aufgezehrt wird.

Wir stehen also erst am Anfange des Weges, müssen die neu zu beschließenden Steuern zur Deckung gesteigerter Ausgaben verwenden, und es bleibt noch ein ungeheurer weites Feld der Arbeit, ehe überhaupt zu einer Sanierung der Finanzen geschritten, ehe auch nur zu einem Teil die innere Deckung für die Reparationsausgaben geschaffen werden kann. Es gehört viel Mut, der Mut des Verzweifeltens oder des er- bitterten Feindes der Republik und des berufsmäßigen Bankrotteurs dazu, die Möglichkeiten neuartiger Steuern so starrsinnig abzulehnen, wie es von der Rechten geschieht.

An indirekten Steuern bringen die neuen Vorlagen eine Er- höhung der Umsatzsteuer von 1 1/2 auf 2 1/2 Proz. Urs- prünglich war ihre Verdoppelung geplant. Gleichzeitig werden die Umsätze der Luxusgüter verschärft erfaßt. Hinzu kommt die Erhöhung der Leuchtmittel- und Zündwarensteuer, der Bier- und der Mineralwassersteuer, der Tabaksteuer. Alle diese Abgaben, die die Lebenshaltung der breiten Massen be- lasten, treten zu einer Zeit in Kraft, wo durch die Entwertung des Geldes die Preisschraube ohnehin in scharfer Be- wegung ist, wo die Einfuhrzölle sich durch Goldpolzzuschläge erhöht haben und voraussichtlich noch weiter erhöhen müssen. Gleichzeitig erfolgt die Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer durch ein Sondergeseh. Daneben laufen noch andere Steuern, die, wie die Versicherungssteuer, noch gewisse soziale Belastun- gen bringen oder aber — wie das Kennwertgeseh — die Ver- anlagung zur Quelle erhöhter Besteuerung machen. Der letzteren steht gegenüber eine erhöhte Besteuerung der Börsen- umsätze, die zu beschleunigen die Sozialdemokratie bemüht ist. Die Börsen- und Dividendensteuer entspricht auch der For- derung, die ungeheuer angewachsenen Spekulations- gewinne wenigstens zu einem Teil an der Quelle dem Reiche zu sichern. Sie vollständig zu beschlagnahmen, was näher liegen würde, gibt es leider kein Mittel, weil die Ab- drofflung des Börsenverkehrs im Inland teils den Markt ins Ausland drängen, teils aber die jetzt immer noch einigermaßen kontrollierbare Spekulation in die Schlupfwinkel verjagen würde, in denen sie sich sogar unter dem Sowjetystem einer blühenden Geschäftstätigkeit erfreuen.

Den drückenden Verbrauchssteuern stehen Kapital- steuern gegenüber, die im Zeitalter der Geldentwertung längst nicht mit der Schärfe und Schnelligkeit zu fassen, die bei der Notlage der Reichsfinanzen unbedingt geboten ist. Am günstigsten liegt hier noch die Körperschaftsteuer, die verdoppelt werden soll und die wenigstens dem Grundsatz der Besteuerung an der Quelle entspricht, wenn ihre Wirkung auch durch die bewährte Bilanzkunst des neuen Deutschlands



erheblich abgeschwächt werden dürfte. Diese Steuer trägt auch noch den Charakter der indirekten Steuer insofern, als sie bei steigenden Preisen natürlich auf die Preise geschlagen werden kann. Der Entwurf einer Vermögenssteuer enthält Milderungen, die der Reichsrat vorgeschlagen hat, mit denen sich aber der Reichstag keinesfalls wird einverstanden erklären können. Wird doch dadurch der Zweck des fünfzehn Jahre gültigen Zuschlages, das rückständige Reichsnoteopfer beizutreiben, ganz und gar hinfällig. Den Gesetzentwurf über eine Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit hat die Reichsregierung in der vom Reichsrat gemilderten Fassung sich zu eigen gemacht. Der neue Entwurf stellt die Befreiung von Sachwerten günstiger als die von Papiermarkt, indem er die Geldbewertung bei der Abschätzung des Vermögenszuwachses in Rechnung stellt. Der Entwurf eines Vermögenszuwachssteuergesetzes ist ein Scharfschütze auf eine ferne Zukunft, der zu Bedenken Anlaß gibt, weil man damit nicht anderen Steuerformen, die früher oder später kommen müssen, vorgehen darf.

Denn darauf kommt es an, und das ist die Kernfrage, um die sich alles andere gruppiert: Soll es ewig bei Papiermarktsteuern bleiben, die vom Besitz nicht sofort entrichtet werden? Soll das Reich weiter lange Monate und Jahre Gläubiger von Papiermarkt sein, die sich in den Händen des bestehenden Schuldners vermehren, dem Gläubiger aber entwertet? Wir müssen fordern, daß sich die Steuern der Sachwertbesitzer dem steigenden Wert ihres Besitzes und seinen Erträgen anpassen. Ferner steht die Frage noch offen, in welcher Weise ein Teil der deutschen Vermögenssubstanz für die Wiedergutmachungen nutzbar gemacht werden soll. Die angeklagte Kredithilfe der Industrie schwebt noch. Wird sie gelöst, so schafft sie Erleichterung und Zeit für ruhige sachliche Beratungen darüber, wie die Milliardenanleihe gedeckt werden kann. Wird sie aber nicht gelöst, so wird die Erfassung der Sachwerte beschleunigt durchgeführt und durchgeführt werden müssen. Ein Drittes gibt es nicht. Das ist der Prüfstein, an dem der Reichstag zeigen wird, ob er der ungeheuren Aufgabe gewachsen ist.

### Zur Regierungsbildung in Preußen.

Wie die P.P.R. hören, empfing Landtagspräsident Leinert im Laufe des Donnerstagsnachmittags die Fraktionsvorsitzenden der Reihe nach, um sich mit ihnen über die politische Lage auszusprechen. Dabei erklärten die Vertreter sämtlicher bürgerlichen Parteien mit Entschiedenheit, daß ihrer Auffassung nach die Sozialdemokratische Partei ihre tatsächlichen Rückstellungen müßte, weil die große Koalition eine Notwendigkeit sei. Mit besonderem Nachdruck betonte diesen Standpunkt das Zentrum, aber auch die Demokraten machten ihn zu dem ihrigen. Die Sozialdemokraten haben demgegenüber daran festgehalten, daß nach den jüngsten Vorkommnissen im Reich ihnen die große Koalition im Augenblick nicht möglich erscheint.

Die Verhandlungen sollen heute fortgeführt werden. Die sozialdemokratische Fraktion tritt mittags 1 Uhr zusammen, um zu ihrem Ergebnis Stellung zu nehmen. Ob dann die auf die Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung gesetzte „Wahl des Ministerpräsidenten“ auch wirklich wird erfolgen können, ist noch fraglich.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei beschloß, laut U., die Bildung der neuen preussischen Regierung auf der Grundlage der großen Koalition zu fordern.

### Die gestrige Landtagsitzung.

In der gestrigen Landtagsitzung teilte nach Bekanntgabe einiger Gesetzentwürfe Präsident Leinert die folgende Zufahrt des Preussischen Staatsministeriums mit:

„Wir beehren uns ergebenst anzuzeigen, daß das Staatsministerium in seiner Gesamtheit zurückgetreten ist; gemäß Artikel 59 der Verfassung werden wie die laufenden Geschäfte bis zu deren Uebernahme durch die neuen Minister weitergeführt.“ (Beifall links. Zuruf: Endlich mal etwas Vernünftiges!) Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und der Abg. Herold (Z.) be-

trug, die Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten Siegerwald über Oberschlesien, die als erster Punkt auf der Tagesordnung steht, abzusehen. (Zuruf bei den Komm.: Schließung!) Abg. Meyer-Ostpreußen (Komm.) wendet sich gegen den Antrag Herold und betont, die Erklärung über Oberschlesien hätte schon in der letzten Sitzung besprochen werden müssen. Die Mehrheit habe die Besprechung jedoch unmöglich gemacht. Es erfolgt nun Abstimmung. Der Antrag Herold wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen. (Wärm bei den Kommunisten.)

Hierauf wird der Auswahlantrag, der für die Opfer von Oppau 6 Millionen bestimmt, einstimmig vom Hause angenommen. Runmehr schlägt Präsident Leinert vor, das Haus auf Freitag zu vertagen. (Zuruf bei den Kommunisten.) Der Präsident betont, daß es seinem Ermessen überlassen bleibe, neben dem ersten Punkt der Tagesordnung der Freitagssitzung: Wahl des Ministerpräsidenten, auch noch weitere Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen.

Freitag, den 4. November, 3 Uhr: Wahl des Ministerpräsidenten.

Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) verlangt, die Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten über Oberschlesien als zweiten Punkt auf die Tagesordnung der Freitagssitzung zu setzen. Der Antrag wird abgelehnt. Schluß 5 1/2 Uhr.

### Die Gewerkschaften und Oberschlesien.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben sich mit der Entscheidung des Bitterbundes über Oberschlesien befaßt und geben folgende Stellungnahme bekannt:

„Angeichts der in Oberschlesien durch die Genfer Entscheidung eingetretenen schwierigen Situation gilt es, die sozialen Interessen der ober-schlesischen wie der gesamten arbeitenden Bevölkerung Deutschlands zu schützen und die internationale Solidarität der Angestellten und Arbeiter aller Länder in den Vordergrund zu stellen.“

Die organisierte Arbeitnehmerschaft muß deshalb den festen Willen bekunden, eine soziale Umgestaltung der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhältnisse, sowie die Annäherung der deutschen und der polnischen Gewerkschaftsbewegung durch Vermittlung des Internationalen Gewerkschaftsbundes herbeizuführen. Es ist das Gebot der Stunde, die gesamte ober-schlesische Arbeitnehmerschaft gegen die Ausbeutung durch das nach internationaler Verfassung drängende internationale Kapital zu schützen.

Die Vorstände des A.D.G.B. und des A.F.A.-Bundes sehen in den bevorstehenden Verhandlungen über das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen einen Weg, die zwischen der deutschen und polnischen Arbeitnehmerschaft leider noch bestehende Kluft zu überbrücken. Sie fordern die deutsche Regierung auf, bei diesen Verhandlungen die sozialen Interessen der im abgetretenen Gebiet tätigen Angestellten und Arbeiter wahrzunehmen. Nach der Genfer Note (Anlage 5) ist für die Zeit einer fünfzehnjährigen Uebergangswirtschaft die

### Anerkennung der bestehenden Gewerkschaften

ausgesprochen, aber nicht einwandfrei gesichert. In dem Wirtschaftsabkommen muß Vorkehrung getroffen werden, daß die Aufrechterhaltung und Bewegungsfreiheit der deutschen Gewerkschaften auch nicht durch Gesetze, Verordnungen oder Verwaltungsmassnahmen der polnischen Regierung beeinträchtigt werden kann. Soweit das Verbotsgesetz in Polen oder andere polnische Gesetze im Widerspruch zu den Genfer Beschlüssen stehen, müßten sie für Oberschlesien außer Kraft gesetzt werden.

Ebenso wird es Aufgabe des deutschen Kommissars sein müssen, über die Einzelheiten der an Polen zu überweisenden Bestände aus der deutschen Sozialversicherung (Anlage 4) zugunsten der im abgetretenen Gebiet wohnenden Versicherten zu verhandeln. Um eine reibungslose und sachgemäße Verwaltung der für die Versicherten im polnischen Oberschlesien zur Verfügung gestellten Geldmittel herbeizuführen, schlagen die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften vor, für diesen Zweck aus den Kreisen der Versicherten Selbstverwaltungskörper zu bilden.

Die Vorstände erwarten ferner von der Reichsregierung, daß dem deutschen Kommissar Gewerkschaftsvertreter zu seiner Beratung mit beigegeben werden.

Angeichts der wiederholt gemachten Beobachtung, daß deutsche Angestellte und Arbeiter

### zum Beitritt in polnische Verbände

gezwungen werden, sprechen die Vorstände die Erwartung aus, daß die polnischen Gewerkschaften deren Mitglieder dazu anhalten werden, auf dem Boden des Wirtschaftsabkommens mit den organisierten deutschen Angestellten und Arbeitern kameradschaftlich zusammenzuarbeiten.

Sie hoffen ferner, daß auch die polnischen Gewerkschaften vorstehende Vorschläge unterstützen werden. Zeigt sich doch schon jetzt in der auffallenden Steigerung der Aktienkurse für ober-schlesische Industriewerke, daß neben dem polnischen und deutschen Kapital starke Kapitalistengruppen aus der Tschechoslowakei und anderen Ländern am Werke sind, sich in Oberschlesien eine neue Einflusssphäre zu schaffen, um dann die polnischen und deutschen Angestellten und Arbeiter in gleicher Weise zum Objekt ihrer imperialistischen Ausbeutung zu machen.

Es gilt deshalb, eine gemeinsame Abwehrfront der internationalen freigewerkschaftlichen Arbeitnehmerschaftsbewegung zu bilden und die bevorstehenden Verhandlungen zu benutzen, um den europäischen Frieden zu sichern.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (A.D.G.B.),  
Allgemeiner freier Angestelltenbund (A.F.A.-Bund).

### Schutz den Deutschen Werken!

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

Ist es richtig, daß die Interalliierte Militärkontrollkommission den Deutschen Werken K. O. u. a. folgende Verpflichtungen auferlegt hat:

1. im Werk Wolfgang die Fabrikation von Kolodium und Nitrozellulose mit dem 31. Oktober d. J. einzustellen und sämtliche Gebäude und sonstige Werkanlagen zu zerstören;
2. in den Werken Erfurt und Haseleborn die Fabrikation von Jagd- und Sportwaffen sowie der dazu gehörigen Munition bis spätestens 1. April 1922 einzustellen;
3. im Werk Spandau den geplanten Neubau eines Walzwerkes und die Aufstellung neuer Generatoren zu unterlassen?

Was hat die Regierung bisher dagegen getan, und was gedenkt sie weiter zu tun?

Die Interpellation dürfte im Laufe der nächsten Woche zur Beratung gestellt werden. Abg. Genosse Koch wird sie begründen.

### Weitere Drohbrieife an Auer.

Wie die „Münchener Post“ meldet, hat der Landtagsabgeordnete Genosse Auer eine Anzahl weiterer Drohbrieife erhalten. In einem der Drohbrieife heiße es, Auer werde Weihnachten nicht mehr erleben. Gegen den früheren Einwohnerversorger Aanzler wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Aufforderung zum Mord eingeleitet.

Die bayerische Polizei hat sich in der Verfolgung politischer Verbrecher gegen Angehörige der Linksparteien bisher kein Ruhmesblatt erworben. Die Kreise, aus denen die Morddrohungen unaufhörlich hervorgehen, sind so klar umrissen, daß sie der Polizei ebenso bekannt sein sollten wie den politischen Parteien. Das Verfahren gegen Kasper dürfte, wenn es objektiv geführt wird, Fingerzeige genug geben. Wir mahnen dringend, alles zu unternehmen, damit die Mordbuben nicht zur Ausführung ihrer schändlichen Absicht kommen. Die Folgen einer neuen reaktionären Bluttat könnten unabsehbar sein!

Ministerdirektor Behrendt ist auf seinen Antrag von der Leitung der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes entbunden worden und hat einen Urlaub angetreten. Zum Leiter der Abteilung ist der bisherige Referent für die russischen Angelegenheiten, Wirklicher Legationsrat Freiherr v. Mathan ernannt worden.

### Gedanken des unbekanntes Soldaten.

Heute wird in Rom die „Mischlung des unbekanntes Soldaten“ gefeiert, d. h. man feiert die Wette eines an der Front ausgehenden Soldaten, nämlich bei — auf daß die Kriegserklärung nicht eintrifft. Es werden dabei viele schöne Reden gehalten werden, aber der „unbekannte Soldat“ selber wird nicht zu Wort kommen. Wir lassen ihn deshalb an dieser Stelle seine Gedanken aussprechen.

Wer ich bin, fragst du? Frage lieber, wer ich nar. Mein Spielgefährte Armin und ich traten im gleichen Hotel in die Lehre, und am gleichen Tage ertheilten wir unsere Einberufung, er für „Deutschland über alles“, ich für „Italia“. Weiber er noch ich holte je das Land betreten, für das wir unsere Haut zu Markte tragen sollten, und die Bezeichnung „Vaterland“ bedeutete nichts für uns. Unsere gemeinsame Heimat war die Schweiz. So suchten wir an unserem letzten freien Tage noch einmal jedes Plätzchen auf, das uns durch die Spiele der Kindheit heilig war und drückten uns lange stumm und starr mit abgewandten Gesichtern die Hände. Armin war mir mehr als ein Bruder.

Nachdem ich „meinem“ Könige und „meinem“ Vaterlande hatte Treue geschworen, segneten Schmerzbüchse derselben Art unsere Nordwesten wie die, die uns einst in der Schule gelehrt hatten: Du sollst nicht töten! und freischende Weiber mit Hyänengeklammern pflüchten uns auf wie Pfingstrosen, damit wir uns auch auf der Fahrt an die Front schon als Helden fühlen sollten.

Alles, was mich in meinen Kindheitstagen bewegt hatte, durchstürmte fieberhaft meine Sinne; die ersten Gebote, die Ermahnungen der Mutter, die zehn Gebote, die wir bei Schulbeginn nachplappern lernten; und zwischen hinein sah ich immer wieder das trostlose leere Gesicht der Mutter, als sie mir zum letzten Male in die Augen schaute.

So kam der Tag von Caporetto. Wie im Fieberwahn rasten meine Gedanken hin und her zwischen unserer Stellung und der Heimat. Wie auch die Geschosse um mich den Boden zerhackten, wie sie mich auch von einem Loch ins andere warfen, wieder und wieder — mechanisch, wie eine losgelassene Feder — schnitt mein Geist weg vom düstern, unheilvollendenden Graben vor mir zur ärmlichen Hütte, wo die geängstete Mutter stehend auf den Knien lag. Über was für ein Bild auch vor meiner Seele schweben mochte, immer tauchten dahinter die traurigen Züge meines Freundes Armin auf. Plötzlich scheint der Boden unter mir Leben anzunehmen; ein Leuchten, Krachen, Heulen und Prasseln füllt die Luft mit Erde, Brettern und menschlichen Gliedern. Aus der Finsternis des gegenüberliegenden Grabens aber tritt eine riesenhafte Gestalt. Mit der Linken streckt sie mir die blutige rechte Leiche Armins entgegen, und in der Rechten schwingt sie eine Fackel, aus der die Worte strahlen: „Wer das Schwert nimmt...“ Blüß und Donner hüllen die Drohung ein, und als ich mich — frei von Ordensketten — langsam in die Lüste erbebe, sehe ich unter mir Armins Leiche über meinem zerfetzten Gebilde liegen.

Wie lange und wie weit ich schwebte, niemand vermochte es zu sagen; in den höheren Sphären bindet uns weder Raum noch Zeit. Aufwärts ging's in immer größere Höhe, bis ich den Glanz nicht mehr ertragen konnte und aus dem unermeßlichen Lichtmeer verkommend eine Stimme erschalle: „Deines Bruders Blut schreiet zu mir von der Erde, verflucht seist du!“

Wiso trage ich das Kalnszeichen; und die Freoler, die meinen Geist in den Kinderjahren in Fesseln schlugen, sie haben straffes meine irdischen Reste ausgegraben wie Hunde, die ihren Knochen auswählen und wieder verscharren, bis nichts mehr herauszuholen ist. Und inmitten der Schar Diabole, die Formeln murmelnd hinter meinem Sarge herwatscheln, schwankt die dünne Gestalt meiner schmerzgerissenen Mutter. Hinter der Kotte der Pharisäer und Schriftgelehrten aber höherer gravitatisch meine Mörder einher, die einen — hohe Würdenräger — mit den Abzeichen ihres Amtes, die anderen in goldstrotzenden Uniformen mit klappernden Schellen auf der Brust, zugleich Sündenlöcher ihrer Verbrechen und Wahrzeichen ihrer Karriere. Nur die Erzbojswichte fehlen, die Anbieter des goldenen Kalbes, in deren Dienst uns unsere Henker abschachteten. Sie haben keine Zeit, bei dieser neuesten, zynischen Auflage der Böttlichen Komödie als Statisten zu figurieren; sie berechnen in ihren Wechselböhlen, wieviel Prozent sie noch aus der Haut ihrer Opfer schlagen können.

Auf unsere Fahnen geschrieben sie: „Für das Recht! Für die Freiheit! Für die Gerechtigkeit!“ Und während sie uns zu Millionen wie wilde Tiere aufeinanderbeziehen, stecken sie Millionen und aber Millionen in ihre Töschen; während wir unter dem Hagel der Geschosse Hunger und Durst litten, kühlten sie sich auf den Terrassen der Hotels die Junge in Champagner, während Hunderttausenden der Todessehnsüchtigen über die Stirn rann, erglänzen sie sich auf den Kois der Kurorte und seilzten mit losen Dienen oder verschachteten unsere Lebensmittel an die, die sie unsere Feinde nannten.

Für das Recht! Für die Freiheit! Für die Gerechtigkeit! — Triest, Triune, Montenegro, Albanien, Mazedonien, Banat, Galizien, Böhmen, Oberschlesien, Danzig, Saar.

Sie Trient, die Tirol!  
Sie Wacker, die Bohem!

O Mutter, daß ein Simson aus meiner Lüge erlöste und diese Phylister, Henker, Meuchler und Bonzen des Notochs, die hinter meinem Sarge über meinen Not das Los werfen, mit Wisons Kimbadaen erschläge! — Ulrich Stauffer.

Das Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen nahm am Mittwoch mit einer Eröffnungsfeier seine Lehrtätigkeit an der Berliner Universität an. Der Leiter Professor Dr. Sering hielt einen Vortrag über die Aufgaben des neuen Instituts, das zwar die Wissenschaft in den Dienst der Gefügebildung und Verwaltung stellt, aber mit allen Garantien einer freien und unabhängigen Forschung umgeben sei. Staatssekretär Dr. Weib vom Reichs-

arbeitsministerium legte die Absichten dar, welche die Reichsregierung mit der Begründung des Instituts verfolgt hat. Er richtete an die Studierenden den Appell, in reichem Maße von der neuen Lehrmöglichkeit Gebrauch zu machen.

Der größte Leuchtturm der Welt. Die französische Regierung, die dabei ist, in der Nähe von Le Bourget einen Leuchtturm anzulegen, der der größte Europas zu werden verspricht, wird für ihren internationalen Flugdienst auch den größten Leuchtturm der Welt besitzen. Er soll dem Luftverkehr von Paris mit Italien, Alger und dem Süden überhaupt dienen. Sein Leuchtturm hat eine Lichtstärke von nicht weniger als einer Million Kerzen und er verstrahlt über acht Linien, die den Schein über eine Strecke von 220 Kilometer erstrecken.

Der Leuchtturm wird seinen Platz auf dem Gipfel des Mont Afrique erhalten, der sich in einer Höhe von rund 500 Meter, circa 12 Kilometer von Dijon entfernt, erhebt.

Ein Töpferer-Museum. Die umfangreiche Töpfererfamilie des Araburger Altaltars- und Kunstvereins, die die Entwicklung der heftigen Töpferer vom 17. Jahrhundert bis auf die Gegenwart darstellt, ist im Büdingischen Hause zu Marburg zu einem kleinen Museum vereinigt worden. Den größten Teil der Sammlung bilden die besten Stücke der bisher im Schloß untergebrachten keramischen Sammlung des heftigen Geschichtsvereins. Eine Töpfererwertstatt, die angegliedert ist, ergänzt diesen kunstgeschichtlichen Ueberblick durch praktische Erläuterung des Werdeganges, den die Tonwaren vom Tonklumpen bis zum fertigen Gefäß zurücklegen.

Inventarisierung des Museumsbesitzes der Welt. Der Pariser Internationale kunstgeschichtliche Kongress hat, wie der „Sommer“ meldet, beschlossen, aus der Bibliothek für Kunst und Archäologie, die Jacques Doucet am 15. Dezember 1917 dem französischen Staat ankaufte, ein Zentralarchiv für Abbildungen aller Werke aus Museumsbesitz zu machen. Doucet hatte seine Bibliothek aus einer vom 18. Jahrhundert gewählten Sammlung zu einem weitumfassenden Apparat geformt, der Bücher, Zeitschriften, Handschriften, Stiche und hunderttausend Photographien enthält. Dazu sollen nun Abbildungen der Werke aller Museen der Welt kommen.

Eine weitere Resolution des Kongresses wünschte ein Gesamtinventar der Versteigerungskataloge, um die Wanderung der großen Werke und ihren Endbrief festzulegen.

Der Bischof Georg Kaiser, der Verfasser des „Ges“, ist bekanntlich mit dem Straßburger in Konflikt geraten und hat die Folgen auf sich nehmen müssen. Er will jetzt in Berlin eine Vorlesung halten. Es wird nun von einer Konzertagentur, die ihn managert, als „die Pflicht aller geistig Schaffenden“ hingestellt, diesen „gewaltigen Ruf“ im Streite, dem blinder Staatsapparat ungeheuerliches zufügt, zu ehren.

Wiso wir haben einen neuen heroischen Märtyrer, und dieser wird nebenbei dann auch noch als „Bischof der modernen deutschen Literatur“ ausposaunt. Man könnte sagen, Herr Kaiser hat Pech mit seinen Auren, die ihn schon während seines Prozesses überbedienten; oder irgendwie poßt das ganze zu ihm. Er ist ein Typ kapitalistischer Zerlegung.







# Gewerkschaftsbewegung

Sie „warnen“ und sie drohen.

Die Unternehmer im Gastwirtsgewerbe warnen „vor Ueberspannung des Bogens, damit nicht restlos sämtliche Restaurants und Hotels schliefen“. Sie selber sind es, die den Bogen derart überspannt haben, daß er in den allerersten Tagen reißen muß, falls sie durchaus nicht von ihrer „festen Idee“ abgehen wollen, keine Löhne mehr zu zahlen.

Sie, die den Kellnern die bisher gezahlten Löhne norenthastisch, spielen sich als getränktes Unternehmertum auf. Nicht weil sie Unternehmer sind, wenden wir uns gegen sie, sondern weil sie als Arbeitgeber einem großen Teil ihrer Arbeiter keinen Lohn mehr zahlen wollen. Es gibt außer ihnen in der ganzen Welt kein Unternehmertum, das überhaupt keine Löhne zahlt. Sie sind es, die den Bogen überspannen, indem sie die Forderung der Kellner auf Abschaffung der Umsatzprocente mit der Abschaffung der Löhne beantworteten und der vollständigen Durchführung des Prozentsystems. Sie sind es, die den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin abgelehnt, die Verhandlungen wochenlang verschleppt und sie von vornherein sabotiert haben, als sie ihnen nicht länger mehr aus dem Wege gehen konnten.

Sie sind es, die nach der B. S.-Korrespondenz erst gestern wieder erklärten, sie seien zu neuen Verhandlungen bereit, mühten jedoch an ihrer Forderung der Durchführung des 10-Prozent-Systems, d. h. an der Lohnverweigerung nach wie vor festhalten. Sie suchen dieses Verhalten zu rechtfertigen durch die Ausrede: „eine Anzahl größerer Betriebe glaubt, daß durch die Lohnforderungen der Angestellten sich auf die Dauer eine Rentabilität der Lokale nicht mehr ermöglichen läßt und will deshalb die Gaststätten nicht mehr eröffnen“. Derartige lassen dieselben Unternehmer verzeihen, die dem Publikum und dem Personal vorreden wollen, die Kellner verdienen bei dem Prozentsystem weit mehr als bei den festen Löhnen! Unternehmungen, die nur dann bestehen zu können glauben, wenn sie keine Löhne zahlen müssen, sind nicht existenzberechtigt.

Das ganze Verhalten dieser einzig dastehenden Unternehmergruppe, die sich in die fixe Idee verrannt hat, es gehe schließlich auch ohne Lohnzahlung, wenn man die Arbeiter und Angestellten zu wochenlangem Streik zwingt, bis sie aller Mittel entböhrt sind und dann zu Kreuze kriechen und die Prozente schlucken müssen, dieses ganze Verhalten ist derart, daß es trotz der größten und teuersten Zeitungsanzeigen nicht zu rechtfertigen ist.

Die Gast- und Hotelwirte, die infolge der Lohnverweigerung ihre Angestellten zum Streik getrieben und ausgesperrt haben, sie wollen dem Publikum vormachen, sie seien es, denen der Kampf ausgegangen worden sei. Eine solche handgreifliche Verdrehung ließe sich nur aus der mehr als naiven Auffassung heraus erklären, die Kellner hätten sich die ihnen von ihren Herren diktierte Lohnentziehung gefallen lassen müssen, ohne sich dagegen zu wehren.

Sie verlangen nichts Unbilliges, sagen die Herren, wenn sie ihrem Bedienungspersonal die bisher gezahlten Löhne wegnehmen, keinen Lohn mehr zahlen wollen. Unbillig aber sei das Verhalten der „verheißenen“ Kellnerschaft, die für ihre Arbeit Lohn fordert. Das heißt denn doch die Dinge auf den Kopf stellen!

Nicht ein einziger der vielen Berliner Lohnkämpfe hat die Gesamtheit der organisierten Arbeiter und Angestellten derart erbittert als dieser Kampf. Das sohnische Gastwirtsunternehmertum, das bisher jeden Einigungsversuch systematisch hintertrieben, hat eine einheitliche Front der Abwehr unter allen Umständen auf der ganzen Linie geschaffen. Es hat den Bogen überspannt. Die Berufung auf angebliche Pflichterfüllung gegenüber dem Publikum ist hinfällig. Jeder einzelne Unternehmer hat die Pflicht, seinen Arbeitskräften Lohn zu zahlen. Kann diese Pflicht den Herrschenden auf keine andere Weise begründet gemacht werden, dann durch den Generalstreik. Nach ist es Zeit. Allerhöchste Zeit!

Nachdem die Bemühungen des Demobilisierungskommissars, eine Einigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Gastwirtsgewerbe herbeizuführen, gescheitert sind (an dem Verhalten der Arbeitgeber! D. Red.), hat sich der Reichsarbeitsminister entschlossen, die Parteien nochmals zu einer gemeinsamen Aussprache im kleinen Kreise einzuladen, um neue Verständigungsmöglichkeiten zu erörtern. Die Verhandlungen sind auf heute nachmittag 4 Uhr im Reichsarbeitsministerium angelegt worden.

## Achtung, Metallarbeiter!

Heute abend 7 Uhr Versammlung sämtlicher Funktionäre des Metallarbeiterverbandes im Arbeitsnachweis des Verbands.

Bureau, Pflanzstr. 88/85. Tagesordnung: Stellungnahme zum Generalstreik. Die Ortsverwaltung.

## Achtung, Glaser!

Die gestrige Vertrauensmännerversammlung hat beschlossen: Jedwede Ausführung von Glaserarbeiten in betroffenen Betrieben des Gastwirtsgewerbes ist strengstens verboten.

## Ergebnis der Berliner Krankenkassenwahlen.

Die am 20. Oktober 1921 stattgefundene Wahl zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse hat folgendes Resultat gezeitigt:

Liste I der Freien Gewerkschaften	41 804 = 53 Vertreter.
II der Christlich-Nationalen	4 776 = 6
III „Frisch-Dunker“	854 = 1
Zusammen	47 434 = 60 Vertreter.

Ungültig waren 82 Stimmen, leere Kuverts 9.

## Zum Landarbeiterstreik in Schlesien.

Die schlesischen Gutsbesitzer sind unter der Führung des Grafen Kanferling mit die arbeiter- und tariffeindlichsten im Reiche. Die wirtschaftliche Lage der Landarbeiter ist überaus ungünstig. Die Unternehmer weigerten sich, den Arbeitern die Teuerungszulage zu gewähren, die in allen Gauen Deutschlands anstandslos bewilligt wurde. Im Kreise Rimpfisch haben die Arbeitermänner durch ihre gute Organisation bisher ein höheres Deputat erhalten, als es der Rahmenentwurf für die Provinz Schlesien vorsieht. Der Tarif sagt aber, daß, wo höhere Deputate bestanden, sie beibehalten werden müßten. Der Syndikus des Arbeitgeberverbandes im Kreise Rimpfisch hat die Arbeitgeber veranlaßt, den Arbeitern einen Revers vorzulegen, in dem sie sich unterschreiben verpflichten sollten, in Zukunft auf jedes Ueberdeputat zu verzichten. Der Revers wurde nicht unterschrieben, soll sich am 1. November als entlassen betrachten. Die Arbeiter weigerten sich mit gutem Rechte, diesen Revers zu unterzeichnen. Aus den Gründen und deswegen, weil die Arbeitgeber die Gewährung einer Teuerungszulage hartnäckig ablehnten, traten 16 000 Landarbeiter in den Streik, und zwar in dem Kreise Striegau 3200, Rimpfisch 3800, Lüben 2000, Goldberg 4000, Liegnitz 2000, in Breslau-Land 5 Güter mit 400, Kreis Militsch mit 6 Gütern 400, Bunzlau 2 Güter mit 200. Am Mittwochmorgen traten die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zwecks Verhandlungen zusammen. Die Arbeitgeber erklärten, in sachliche Verhandlungen über die Forderungen erst nach Abbruch des Streiks eintreten zu wollen. Nach stürmischen Auseinandersetzungen trennten sich die Unterhändler ergebnislos. Der Vertreter des Oberpräsidenten führte die Parteien wieder zusammen. Es wurde eine neue Kommission von je 11 Vertretern der Parteien gebildet, die in Verhandlung trat, nachdem die Vertreter der Arbeitnehmer die Zulage gemacht hatten, daß die Arbeiter am Donnerstag die Arbeit wieder aufnehmen, wenn die Verhandlungen ein zufriedenstellendes Resultat zeitigten. Um 6 Uhr abends wurde die Verhandlung auf Donnerstag vormittags 10 Uhr vertagt, nachdem die Arbeitgeber erklärten, daß sie durch die Anstrengungen der Verhandlungen unfähig seien. Unruhen sind bisher nicht zu verzeichnen. Die erforderlichen Notstandsarbeiten werden weiter verrichtet, wenn Deputat und Milch an die Streikenden weiter geliefert wird.

Die Arbeitgeber lehnten es ursprünglich ab, mit dem Deutschen Landarbeiter-Verband in Verhandlungen zu treten. Unter der Führung des Grafen Kanferling wurde systematisch darauf hingearbeitet, daß der Deutsche Landarbeiter-Verband als Vertragspartei in Zukunft ausgeschaltet wird. Die Arbeitgeber mußten sich mit der Tatsache abfinden, daß die Landarbeiter in Schlesien darauf bestehen, daß der Deutsche Landarbeiter-Verband ihre berufliche Vertretung ist. Infolgedessen sehen sich die Unternehmer veranlaßt, mit den Vertretern des Deutschen Landarbeiter-Verbandes sich an den Verhandlungen zu beteiligen. Neben den wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter ist die Anerkennung der Organisation der Landarbeiter ein wichtiges Kampfziel.

## Der demokratische Geist im Reichsfinanzministerium.

Am 24. Oktober d. J. begaben sich die Vertreter der Rangleitskademie und -assistenten der Reichsschuldenverwaltung in das Reichsfinanzministerium, um in Eingruppierungsfragen für den Etat 1922 zu verhandeln. Sie wurden nach mehrstündiger Umfrage an Herrn Geheimrat Kühnemann verwiesen. Der sie annehmende Amtsgehilfe lehnte mit der Frage zurück, in welcher Angelegenheit die Unterredung gewünscht wird, worauf der eingangs erwähnte Grund angegeben wurde. Der hierauf gegebene Bescheid des Herrn Geheimrats K. lautete, daß er nur in Gegenwart des Ressortchefs im Preussischen Finanzministerium und eines Vertreters der Behörde verhandele. Hierauf daten die Beamtensvertreter den Herrn Personalbegleitern ihrer Behörde telephonisch, die Verhandlung zu vermitteln, was auch sofort geschah.

Nach etwa einstündigem vergeblichen Warten öffnete sich die Tür und Herr Geheimrat K. fuhr die harrenden Beamtensvertreter in altpreussischem Kasernenhoftone an: „Auf wen warten Sie denn noch!“ Er erhielt die Antwort: „Auf Ihren Empfang, Herr Geheimrat!“ Das Gespräch, welches von dem Herrn Geheimrat K. in verkehrendem, verächtlichem Tone geführt wurde, entwickelte sich weiter, wie folgt:

Herr Geheimrat K.: „Na, ich habe Ihnen doch sagen lassen, daß ich Sie nur im Beisein des Herrn Ressortchefs im Preussischen Finanzministerium und eines Vertreters Ihrer Behörde empfangen werde.“

Beamtensvertreter: „Herr Geheimrat, wir leben doch heute in einem demokratischen Staat, in dem eine Beamtensvertretung auf eine beschiedene Anfrage eine entsprechende Antwort erwarten darf!“

Herr Geheimrat K.: „Das ist demokratisch!“ Infolge der Art der Behandlung war es nicht zu vermindern, daß auch die Beamtensvertreter in Erregung gerieten. Zum Schluß forderte Herr Geheimrat K. die Beamtensvertreter unter Hinweis auf den Hausfriedensbruchparagrafen auf, das Haus zu verlassen, andernfalls er von seinem Hausrecht Gebrauch machen werde.

Wenn man berücksichtigt, daß es einer Beamtensvertretung wohl in den allerwenigsten Fällen gelingen dürfte, mit dem Ressortvertreter des Finanzministeriums und einem Vertreter der Behörde zugleich an Regierungsstelle zu erscheinen, so kann man zu dem Schluß kommen, daß durch solche bürokratischen Anordnungen eine Verhandlungsmöglichkeit erheblich erschwert, wenn nicht ganz abgeschnitten werden soll. Es ist selbstverständlich, daß der mit vieler und wichtiger Arbeit überlastete Herr Geheimrat K. nicht unnötig belästigt werden darf, aber eine höflichere Behandlung dürfte erwartet werden.

Der geschilderte Vorgang gibt erneut Veranlassung, dringend zu ersuchen, das langersehnte Beamtensrecht und das Beamtensrätengesetz endlich in Kraft treten zu lassen, damit den Beamtensvertretern derart peinliche Auftritte erspart bleiben. Interessant wäre es, die Stellungnahme der Beamten-Großorganisationen zu derartigen Vorfällen zu erfahren.

## Die Wahlen zum Vergewerbegericht in Aachen.

Bei der Wahl zum Vergewerbegericht erhielten die Freien Gewerkschaften 5 und die Christlichen Gewerkschaften 3 Mandate. Bis her waren alle Beisitzerstellen mit christlichen Gewerkschaften besetzt. Die Kommunisten hatten sich für Wahlenthaltung ausgesprochen.

Der Schiedsspruch für Tapezierer sieht nach unserem Bericht in der Dienstag-Morgenausgabe für Alfordarbeiter einen Zuschlag von „ungefähr 22 Proz.“ vor. Statt dessen muß es heißen: 25 Prozent.

Achtung, Kohrer! Die über die Kohrbedenfirmen Stahl, Schröder und Krumpen verhängte Sperre wird hiermit aufgehoben.

Beendete Streiks. Der Bauarbeiterstreik in Osnabrück ist nach achtstündiger Dauer beendet worden, da die gestellten Forderungen erfüllt wurden. — Der am 13. Oktober begonnene Streik auf den Beilsteinener Hochöfen wurde am Mittwoch beendet.

Tarifforderungen in der Metallindustrie. Aus Frankfurt a. M. wird berichtet, daß zum 30. November sämtliche Lohnverträge kündigt und den Arbeitgebern in den nächsten Tagen neue Forderungen unterbreitet werden.

Zentralverband der Angestellten. Aufserordentliche Ortsverwaltungssitzung Freitag 7 Uhr im Ortsbureau, Kottb. Sitzungslokal, Belle-Alliance-Str. 7/10, Stellungnahme zum Generalstreik.

Stenotypen. Sonntag vormittags 10 Uhr bei Schirm, Charlottenstr. 7A, wichtige Sitzung der Vertrauensleute. Jeder Beisitzer muß teilnehmen sein.

Präsident für den redakt. Teil: Dr. Werner Pfeifer, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glöckel, Berlin. Verlag: Rommels-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Rommels-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 8, hierzu 1 Beilage.

**Formamin-Tabletten**  
vernichten die Bakterien in Mund  
und Rachen und gewähren  
**Schutz vor Ansteckung**

**Stoffe** für Herren- und Damen-Bekleidung  
beste Fabr., gr. Auswahl, Verk. meterweise  
**Koch & Seeland** G. m. b. H.  
Gertraudenstr. 20-21.

**SCHUH-PUTZ**  
**SERVUS**

**Wieder an der Spitze**  
Gibt Hochglanz  
Ledererhaltung.

Chem. Werke Lubrizol & Co. A. G. Berlin-Lichtenberg

**Zahngelisse** bis 2000 per Zahn 20-300  
**Platin-, Gold-, Silberbruch**  
kauft wieder zu allerhöchsten Tagespreisen  
Laboratorium Seidenbach, Kurfürststr. 97,  
gegenüber Haupteingang Zoo. 8-7, Sonntag 9-2  
Achtung, kein Laden!  
Haupteingang direkt an der Ecke Kurfürstendamm.

Zähne von 8 M. Teltzahlg. St. Gar. Kronen 10 M.  
Zahn m. Einspar. h. schmerzlos.  
an Umarb. schlechte Geb. Rep. sof.  
Zahn-Arzt Dr. Wolf Pörsch. St. 55, Hochb.-St. Sorz. 9-7

Eiserne & Transport-Kachel-  
**ÖFEN**  
SEMMLER & BLEYBERG  
4. 6.  
Dresdenerstr. 06  
BERLIN S. 14

**Ankauf**  
von **Gold-, Silber-Bruch**, **Zur Beachtung!**  
Barren, Uhren, Schmuckstücken aller Art, Medaillen, Bestecke etc.

**Münzen** sammlungen  
**Platin** Abblättel, Zahnstifte, Brennpitzen etc.

**Zahn-gehissen** aus h. zerbroch. eingetragene Zähne

Infolge der ungünstigen Marktbewertung haben sämtliche Edelmetalle die denkbar höchste Bewertung erreicht. Versäumen Sie diesen günstigen Moment und verkaufen Sie **jetzt** Ihren Gold-, Silber-, Platinbruch u. Gegenstände — Meine hand-lagerfähig eingetragene Firma bürgt Ihnen für absolute **Reellität**

**Ankauf zu Engros-Preisen**  
**Brillanten** zum Auslandsverkauf

**Edelmetallgroßhandlung**  
**Heinrich Trapp**  
hand-lagerfähig eingetragene Firma  
**Beuthstrasse 10**  
(Laden) am Spittelmarkt  
Telephon: Zentrum 1276

Woe die **Mode bringt** erhalten Sie in diskreter Weise **auf Kredit** Fertig am Lager **Winter-Über Palotots Jackett u. Cutaway Anzüge** Ersatz für kostl. **Damen-Konfektion Möbel-Einrichtungen** 10 4 Stückw.

**A. Damit!**  
Rosastr. 10-12

**Wäsche-Höl**  
im Lohmann-Werke/pt 55a verkauft lauwarm blaugelbten Bleichmittel. Wirbelgröße, große Ergoide, Rührer-Öl, Sappo- u. Spannbetten, Baumst. Bett. Nur Gelegenheitskäufe. Reine Rohware.

**Quecksilber** jedes Quan- tum  
Kauf Metall-Kontor  
John, Alte Jakobstr. 133

kein Tierfell

**Cobu**

Ein reines Tropenerzeugnis  
Cocos-Planzgen-Butter  
MARGARINE

**Bergisch-Märkische Margarine Werke**  
**F. A. J. Sieder & Co.**  
Eberfeld und Berlin-Pichelsdorf.

**Generalvertretung: Franz Jos. Gfrörer**  
BERLIN W 50, Ansbacher Str. 50 • Fernspr.: Stehplatz 4546 u. 12144

• Habertshaus •  
**O. Elsholz** Neanderstr. 2  
**Fettgänse! Gänsefleisch Pfd. 14 M.**  
Gänsebraten, Gänsebrust, Gänsefleisch 20 M.  
**Große Hasen!** Hasenkeulen Paar 26 M.  
Hasenrücken, Läufer St. 5 M.  
Große Renkeulen! Frische Rebhühner Pfd. 13 M.  
**Rebhühner 15 M. Hirschefleisch** Pfd. 10  
Pfe. 12 M.  
Fette Sappenhühner, Junge Hühner, Enten, Tauben.



# Groß-Berlin

## Der „Fahnenraub“ von Dahme.

In dem gestrigen Abendblatt hatten wir eine erste Nachricht über einen Prozeß gebracht, der vor dem Potsdamer Geschworenengericht begonnen hat und in dem sich 13 ehrbare Arbeiter wegen Landfriedensbruch zu verantworten haben.

Der Schwurgerichtssaal bietet das Bild eines großen Prozesses. Im Zuhörerraum ist neben den Angeklagten Schutzpolizei postiert, die sogar gegen 11 Uhr noch verstärkt wird; man stellt sie neben den Zeugenständen und am Eingang zum Verhandlungsraum auf. Das Ganze konnte tatsächlich den Eindruck erwecken, als ob Mörder und schwere Verbrecher abgeurteilt werden sollen.

Die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Siegfried Weinberg, Oberrichter Berlin und Sarmulson-Potsdam. Die Auslosung der Geschworenen bringt eine gründliche Siebung von Seiten der Verteidigung, denn bei der vor drei Wochen erfolgten Auslosung waren außer einem Vertreter der Arbeitnehmerschaft als Geschworene nur Männer der Beamten-schaft und der bestehenden Klasse ausgelost worden. Dieser Geschworene, Schlotter Bergemann, wurde heute von der Staatsanwaltschaft abgelehnt. Rechtsanwalt Weinberg verlangt, daß mit den Befestigungszeuena auch gleichzeitig die Entlohnungszeugen vernommen werden. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß selbstverständlich größte Objektivität hier herrscht.

Der Tatbestand soll der folgende sein: Der deutschnationale Jugendbund in Dahme feierte am 19. Juni sein erstes Stiftungsfest. Der Jugendbund zog mit der Schwarzweihroten Fahne am Nachmittag durch die Straßen von Dahme und wollte am Rathaus aufstellen nehmen. Davon hatten die drei Linksparteien gehört. Sie postierten die Parteigenossen vor das Rathaus, um die Kundgebung hier zu verhindern. Als der Jugendbund mit seinen 18- bis 20-jährigen Mitgliedern eintrat, entriß die Angeklagten diesen sofort die Fahnen und zerbrachen den Fahnenstod. Der Prozeß hat schon einmal das Potsdamer Gericht beschäftigt, und zwar die Strafkommer. Diese fühlte sich für unzuständig und verwies die Sache an das Schwurgericht.

Die Vernehmung der Angeklagten ergab, daß seit dem Kapp-Putsch sehr harte politische Gegenseite in Dahme geherrscht haben. Der Junge Polizeiwachmeister Miendorf sagt aus, daß, als die Fahnen aus dem Schützenhaus getragen wurden, die Menschen wie eine Welle gegen die Fahnen losgegangen seien. Dabei soll der Angeklagte Kliche gerufen haben: „Nicht schlagen, aber die Fahne muß runter!“ Die Polizei selbst war bei dem Fahnenstod vollständig eingeteilt. Endlich gelang es zwei Beamten, den Fahnenstod zu erfassen, und

### In den Händen der Polizeibeamten zerbrach der Fahnenstod.

Die Musikkapelle wurde polizeilich angefordert, lustige Weisen zu spielen und weiterzugehen, damit die Menge sich zerstreue. In diesem Moment langte der Angeklagte Fritz Friese mit seinem Spozierstod nach der Fahne und holte sie herunter. Ein Polizeibeamter will gehört haben, daß der Angeklagte Rothenburg gerufen habe: „Manu man los.“

Bei der Vernehmung der Angeklagten ergibt sich auch, daß der erste Angeklagte Karl Friese aus Dahme gar nicht daran beteiligt gewesen ist. Diefelbe Feststellung wird bei dem Angeklagten Richard Gerth gemacht. Dieser Angeklagte, ein Familienvater von fünf Kindern ist nur zufällig vorbeigekommen, als der Fahnenkampf im vollen Gange war. Auch der dritte Angeklagte, der Zigarrenhändler Schuhmann, weiß keinerlei Angaben über den Vorfall zu machen. Auch er ist nur durch Zufall vorbeigekommen und hat nur den Hausen Menschen gesehen.

Ein Zeuge, der Kreisarzt aus Herzberge Dr. Geister, bekundete, daß fast sämtliche Angeklagten sich bei der Fahnenunterreißung beteiligt hätten. Er selbst wurde dabei verprügelt.

Der Nachmittag wurde mit Vernehmungen der Festteilnehmer ausgefüllt. Alle diese Zeugen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes belasteten die Angeklagten sehr schwer. Der Zeuge Kreisarzt Dr. Kettlich aus Dahme bekundete, daß er so in Wut über diesen Fahnenstod gewesen sei, daß er

### die Polizei zum Blanzziehen aufgefordert habe.

Das hätten die Beamten aber leider abgelehnt. Bei der Vernehmung des Apothekers Jakob aus Dahme stellt es sich heraus, daß dieser selbst die Anzeige gegen die Angeklagten erstattet hat. Mit lauter Stimme rief er in den Gerichtssaal hinein: „Ich bin ein politischer Gegner der Angeklagten.“ Dieser Zeuge ist schon einmal von einem Potsdamer Gericht wegen Beamtenbeleidigung

aus dem § 51 freigesprochen worden. Die Akten über diesen Prozeß Jakob sollen heute zur Stelle geschafft werden. Noch über 25 Zeugen sind zu vernehmen. Das Urteil dürfte nicht vor Sonnabend gefällt werden.

## Das Waffendepot bei der „Victoria“.

### Landfriedensbruch-Prozeß gegen zehn Versicherungsangestellte.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I Berlin begann gestern ein großer Prozeß wegen der am 22. Dezember 1919 erfolgten Zerstörung von Waffen, die im Keller des Berliner Bureauhauses der „Victoria“-Versicherungsgesellschaft in der Lindenstraße von Angestellten aufgefunden worden waren. An-

## Was Deutschland in Oberschlesien verliert.



## Der Verlust an Bodenschätzen in Oberschlesien:



## Weitere Verluste:

Von den im Betrieb befindlichen 67 Steinkohlengruben fallen 53 an Polen, von den 44 stollenhaftigen Steinkohlengruben fallen 3 an Polen, der Eisenerzabbau fällt vollständig an Polen. Von den 26 Zink- und Bleigruben fallen 11 an Polen, von den 8 Kupferwerken fallen 5 an Polen, von 15 Eisen- und Stahlgießereien verbleiben 15 an Polen, von den 14 Stahl- und Walzwerken fallen 9 an Polen. Die gesamte Zink- und Silberproduktion fällt an Polen, welches auch die vorhandenen Blei- und Silbervorräte erhält.

geklagt sind des Landfriedensbruches zehn Angestellte der „Victoria“, von denen die meisten noch heute Stellung bei ihr haben. Der Angeklagte Haendlsche wird beschuldigt, „Rädelsführer“ gewesen zu sein. Den Vorfall führt Landgerichtsdirektor Dr. Bernau, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Burchard, die Verteidigung haben die Rechtsanwälte Dr. Korach, Dr. Ball, Dr. Richter, Dr. Zülligauer. Geladen sind 36 Zeugen. Der Prozeß führt zurück in die Zeit des großen

### Lohnkampfes der Versicherungsangestellten.

der nach Kündigung des zwischen dem Zentralverband der Angestellten und dem Arbeitgeberverband der Versicherungsgesellschaften bestehenden Tarifvertrages einsetzte. In einer Angestelltenversammlung im Zirkus Busch wurde ein vertrauliches Schreiben des Arbeitgeberverbandes verlesen, der in Aussicht stellte, daß man Sicherheitspolizei heranziehen und nötigenfalls auch Sühne mit der Reichswehr nehmen werde. Diese Nachricht erregte die Angestellten um so mehr, da bei dem bis dahin durchaus ruhigen Verlauf der Lohnbewegung kein Anlaß zu derartigen Maßnahmen gegeben war. Haendlsche hörte dann von einem Gericht, daß im „Victoria“-Bureauhaus in der Lindenstraße sogar schon ein Waffendepot angelegt worden sei. Er und mehrere Kollegen gingen auf die Suche und ermittelten im Keller zwölf Infanteriegewehre, zwei schwere Maschinengewehre, drei leichte Maschinengewehre, dazu Munition und sonstigen Zubehör. Sie schafften das alles auf den Hof, um es den hier zusammenströmenden Angestellten zu zeigen, und es kam dabei zu sehr erregten Ausritten, in deren Verlauf die Waffen zerstört wurden. Erst hinterher wurde bekannt, daß die Waffen schon seit

längerer Zeit in dem Keller lagerten und von der Einwohnerwehr dort untergebracht worden waren.

Vor Gericht erklärte Haendlsche, er habe die Waffen schon deshalb der Kollegen gezeigt müssen, damit ihm nicht von Gegnern nachgesagt werden könnte, die ganze Geschichte sei erlogen. Weil aber dann bei der allgemeinen Erregung zu fürchten war, daß Angestellte sich der Waffen bemächtigen und sie gegen die Direktion richten würden, was mit lautem Geschrei schon angedroht wurde, habe er die Zerstörung für nötig gehalten, um Unheil zu verhüten. Er selber habe zwei oder drei Infanteriegewehre zerbrochen, worauf die übrigen Waffen von anderen zerstört worden seien. Haendlsche sprach auch von Juristungen, die einen regelrechten Kampf gegen die Angestellten hätten erwarten lassen. So sei in einem der „Victoria“ gegenüberliegenden Hause der Lindenstraße am Frontgiebel eine Luke ausgebrochen und hinter ihr ein Maschinengewehr aufgestellt worden. Die anderen Angeklagten gaben teils an, sich an der Zerstörung der Waffen beteiligt zu haben, teils erklärten sie, nur Waffenritimmer aufgehoben und wieder zur Erde geworfen zu haben. Mehrere von ihnen hatten, um eine Schießerei zu verhindern, aus Waffen die Schläffer herausgenommen, was zum Teil auch schon im Keller auf Haendlsches Anordnung geschehen war.

In der Beweiserhebung wurde als erster der Belastungszeugen der Zahnarzt Richard Falz vernommen, der damals Leiter der

### Einwohnerwehr, Gruppe Hallesches Tor.

war. Jene Waffen seien, bekundete er, schon lange vor dem Kappstreik im „Victoria“-Gebäude untergebracht worden, und zwar auf Bitten von Angestellten, die bei einem einmaligen Putsch eine Besetzung des Hauses fürchteten. Einige im Hause wohnende Angestellte seien auch in die Einwohnerwehr eingetreten, um so zu Waffen zu kommen. Falz behauptete, bei seiner Einwohnerwehrgruppe seien Mitglieder der verschiedensten politischen Parteien gewesen, auch der UEV. Zur Klärung der Frage, wer durch die Waffenzerstörung geschädigt ist und berechtigt war, den Strafantrag zu stellen, soll noch Major Janßen, früherer Leiter der Zentralfstelle der Einwohnerwehr beim preussischen Ministerium des Innern, geladen werden. Zwischen Falz und den Verteidigern kam es zu erregten Auseinandersetzungen darüber, ob er dazu berechtigt war, in dem „Victoria“-Gebäude ohne Wissen der Direktion ein Waffendepot anzulegen. Zur Kennzeichnung dieses Zeugen Falz dient auch seine Äußerung des Bedauerns, daß die herbeigerufene Sicherheitspolizei nicht sofort „durchgriff“, weil ihr Führer zauderte. Er sagte: „Die Herren (er meinte die Angestellten) hätten sich wahrscheinlich gefreut, wenn sie nur mit ein paar Kraxen davon gekommen wären.“ Die Vernehmung des Generaldirektors Utech und des Direktors Riede ergab, daß Falz tatsächlich auf eigene Faust das Waffendepot angelegt und sie nicht um ihre Genehmigung gebeten hatte. Utech versicherte, er würde die Unterbringung der Waffen im „Victoria“-Gebäude, wenn er davon gewußt hätte, unter keinen Umständen gebuldet haben.

Sehr eingehend wurden eine Reihe Zeugen darüber vernommen, ob zur Zeit des Tumults auch andere Personen als die Angestellten den Hof betreten konnten, so daß die „Zusammenrottung“ eine „öffentliche“ gewesen wäre. Der Vorsitz erklärte, er habe seinen Posten nicht verlassen und würde keinen Neugierigen durchlassen haben.

Heute wird die Verhandlung fortgesetzt.

## Die Ursachen der Zuckerteuerung.

Ueber die Ursachen des jetzigen Zuckermangels und der unheimigen Verteuerung dieses wertvollen Nahrungsmittels machte gestern Genosse Bästlein vom Zentralverband der Konsumgenossenschaften im Reichswirtschaftsrat bemerkenswerte Mitteilungen.

Das Zuckersyndikat, das jetzt nach Aufhebung der Zwangswirtschaft sozusagen die Zuckermacht führt, hat nämlich trotz guter Ernte nur ein Sechstel der diesjährigen Zuckerafabrikation zum Verkauf freigegeben, obwohl es vorher hieß, daß Zucker im Ueberfluß vorhanden sei. Die Folge davon war, daß der Handel schlecht, die Verbraucherorganisationen so gut wie gar nicht mit Zucker beliefert wurden. Wie immer, wenn die Ware knapp ist, erhöhen jetzt die Händler die Preise, während sich die Massen besitzenden, Ware einzukaufen. So liegen die Preise und so erklären sich auch die Unterschiede im Zuckerpreis in verschiedenen Gegenden. Mit Recht verlangt Genosse Bästlein nicht nur eine scharfe Handhabung der Wuchergesetze, sondern auch die Freigabe des doppelten Zuckeraquantums, nämlich eines Drittels der Ernte für den Handel. Wenn genug Angebot da ist, so müssen sich die Verkaufspreise mehr den

# Fräulein.

Von Paul Enderling.

Dore Franzius las weiter mit ihrer kalten, eisigen Stimme, bei jedem Komma innehaltend; die Punkte überfah sie bisweilen. Dann gab es Mißverständnisse.

Werner riß die Augen weit auf. Er begriff nicht recht, warum der Vater all dies schrieb. Nun mußte er in dem alten langweiligen Atlas alles nachsehen. Und morgen fing sowie so die Schule an.

Frau Görte seufzte: „Solch eine Reise muß herrlich sein. Aber das Geld, das sie kostet! Das Geld! Und findest du nicht auch, daß er etwas lange braucht, ehe er nach Hause kommt?“

„Es ist doch wegen des Klimas, Mutter,“ sagte Thea. Und auch Henning fand, daß es des Klimas wegen sei.

Nur Julius Görte sprach aus, was sie alle dachten: „Es scheint ihm nicht sehr zu ellen. Man bangt sich doch am Ende nach Hause. Und sein Urlaub ist doch auch nicht ewig. Und das Geld braucht auch nicht gerade bei der Gesellschaft da unten zu bleiben.“

„Die letzte Karte ist schon aus Berlin. Uebermorgen ist er hier,“ sagte Dore Franzius. Sie war im Grunde einer Meinung mit dem Vater. Aber hatte es einen Zweck, darüber zu reden? Ihr Mann wurde nicht anders. Und wenn man ihm Vorwürfe machte, kam er womöglich gar nicht. Das letztmal, vor zwei Jahren, wäre er fast noch in Köln wieder umgekehrt. „Er ist mit Lothar gekommen.“

Fräuleins Herz klopfte.

„Mit Lothar?“ sagte Thea möglichst gleichgültig. „Dann kommt Lothar wohl mit ihm?“

„Wahrscheinlich.“

Fräulein bemerkte wohl, wie Thea von Henning ein wenig abrückte. Einen Augenblick trafen sich die Blicke der beiden jungen Mädchen, und Fräulein erschrak über den Haß, der sie aus Theas Augen ansah.

„Da wird sich Hermann freuen,“ sagte Frau Görte.

„Ach wo.“ Thea lachte. „Die Freundschaft ist schon abgefühlt.“

„Das mußte ich ja gar nicht?“

„Diese Freundschaften dauern nie lange,“ erklärte Görte. „Das ist aber schade.“ Frau Görte seufzte. „Hermann hat guten Einfluß so nötig.“

„Vielleicht geschieht es aus Eifersucht,“ begann Thea wieder.

„Eifersucht? Aber Thea, du redest köstlich.“ Henning lachte lange und gründlich.

Thea fuhr ihn nervös an. „Nach nicht so laut! Es macht mich ganz kribbelig. Du weißt das ganz gut.“ Henning hörte sofort auf.

„Ja, auf wen ist er denn eifersüchtig?“

„Ich weiß nichts Genaues. Nur scheint Lothar in Berlin oder hier in Danzig — das weiß ich nicht genau — ein Liebchen zu haben.“

„Thea!“

Fräulein trat das Blut ins Gesicht, und es trat wieder zurück. Sie spürte ihr Erdröten und Erblassen. Sie wollte etwas sagen, aber sie brachte kein Wort heraus. Was war nur mit Thea?

„Ein ganz gewöhnliches Mädchen,“ fuhr Thea fort, und ihre Worte hatten eine bissige Schärfe, die Fräulein nie an ihr wahrgenommen hatte. „Heiraten wird er sie natürlich nicht. Sie dient bei einer Familie als Gouvernante oder Fräulein oder so was.“

Einen Augenblick war es ganz still auf der Veranda.

Fräulein stand auf und schob mit einem Ruck die Arbeit von sich.

„Wui,“ sagte sie und ging hinaus.

Thea biß sich auf die Lippen. Sie war dumm gewesen. Ihr Gefühl war mit ihr durchgegangen, und sie hatte sich vor Fräulein entschlößt. Aber sie konnte nichts dafür. Warum hatten sie von Lothar gesprochen? Konnten sie verlangen, daß sie ruhig zusah, wie eine andere mit ihm glücklich wurde? ... Fräulein war ohne Schuld, und sie konnte sie sonst gut leiden; aber hierauf durfte nicht die Rede kommen. Das ging über Menschliches hinaus. Sie sollten sie in Ruhe lassen. Mit Lothar und mit allem.

„Das ist nicht recht von dir, mein Kind,“ begann Frau Görte.

„Ja, es ist mir so entfahren,“ sagte Thea und lachte. „Na, ich mache es schon wieder gut.“

„Wenn man in Stellung ist, darf man auch nicht so empfindlich sein,“ sagte Julius Görte.

„Diese Damen sind aber so,“ klagte seine Frau. „Und du weißt selbst, Thea, wie zufrieden wir im ganzen mit diesem Fräulein sein können!“

„Ja, ja, ist ja schon gut, Mutter.“

Thea ging zur Veranda und nahm eine Rose aus der Vase. Sie war von Henning ... Im nächsten Monat heiratete sie Henning. Im nächsten Monat ... Und in den nächsten Tagen kam Lothar. Aber ich muß ihn sprechen, schwor sie sich zu — ich muß ihn sprechen. Und wenn er nicht kommt, rufe ich ihn.

Henning trat zu ihr. „Was ist dir, Kind?“

Sie war nicht in stande, ein Wort zu sagen. Sie zerschnitterte die Rose in ihrer Hand und warf sie in den dunklen Garten. Und Tränen traten ihr in die Augen, als sie es tat. Thea war unzufrieden mit sich und allen.

In dieser Nacht schlief Fräulein wenig. Ich muß fort, dachte sie, ich muß fort. Aber wohin? Wohin?

Zwischen diesen beiden Polen schwebten alle Gedanken dieser Nacht.

Was bis heute nur in der dunklen Schale der Empfindungen geschlummert, hatte sich verdichtet und die Schale gesprengt in überwältigendem Ausdehnungsdrang und gliederte und blinnte sie kristallhell an: Sie gehörte nicht zu ihrer Umgebung; sie gehörte ober auch nicht zu den Dienstboten — sie stand zwischen den Klassen.

Und Fräulein sah nun deutlich das Tragische ihrer Lage:

Sie hatte die Nerven der einen Klasse, die schlechtesten Schmerzen — und sie hatte die Arbeit und die Leiden der anderen Klasse, die Stöße und Risse des Schicksals mit ihrem täglichen Brot schlucken mußte. Sie war zwischen den Klassen.

Sie hatte Familienansehen, ja; sie war an die Familie angeschlossen, angefettet. Aber sie war nicht eingeschlossen. Oh, die Sprache war ein feinfühliges Instrument.

Wir sollen alle diese Dinge wissen — Sprachen und Haushalt und Taufenderlei. Wir sollen bis in die Fingerspitzen voller Takt sein. Unsere Seele soll in den Schwingungen der anderen mitschwingen. Und wenn plötzlich meine Nase sie ärgert, fagen sie es mir und jagen mich fort.

(Fortf. folgt.)







# Lohnpfändung und Steuerverzögerung

Der Reichstag, der gestern nachmittag wieder zusammengetreten ist, verwies zunächst eine erneute Beschwerde des Abg. Kemmle (Komm.) über eine bei ihm vorgenommene Hausdurchsuchung an den Geschäftsordnungsausschuss.

Die Interpellation Stresemann (D. Sp.) über Vorkommnisse in der Pfalz erklärt die Regierung in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantworten zu wollen, ebenso die Interpellation Barth (Komm.) betr. das Verbot des Bandens russischer Schiffe im Stettiner Hafen. Mitte nächster Woche wird die Interpellation Müller-Franken (Soz.) über die Preissteigerung behandelt werden, ebenso ein Antrag Agnes (U. Soz.) betr. Erhöhung der täglichen Ration und ein von den Unabhängigen eingebrachter Gesetzentwurf über die Regelung des Verkehrs mit Kuroffeln.

Es folgt die erste Lesung eines vom Abg. Müller-Franken (Soz.) beantragten Gesetzentwurfs betr.

## Erhöhung der Lohnpfändungsgrenze.

Abg. Kaiser (Soz.): Eine Aenderung der jetzigen unhaltbaren Zustände ist dringend notwendig. Wir haben nichts dazugebracht, daß der Schuldner mit seinem Einkommen haften, aber der tägliche Bedarf muß gesichert sein. Bei dieser Geldentwertung reichen die bisher beschlossenen Erhöhungen der Pfändungsgrenze längst nicht mehr aus. Das bisherige Gesetz bedeutet eine Sicherung für wirtschaftliche Freiberufler, die ihre Mitmenschen in unfaulterer Weise überarbeiten, Abzahlungsgeschäfte, Rechtskonsulenten, Versicherungsschwinder usw. Ein Arbeiter mit 300 M. Wochenlohn hat bisher nur 99 M. wöchentlich pfändungsfrei! Wir haben davon abgesehen, einen komplizierten Gesetzentwurf einzubringen, um mit unserem Antrage der Not desto schneller abzuhelfen.

## Reichsjustizminister Dr. Radbruch:

Den Ausführungen des Vordrängers stimme ich reflexlos zu. Ein Entwurf, der die gleichen Ziele verfolgt, liegt dem Kabinett vor; er will das Erforderliche durch die Befestigung einer beweglichen kuroffmässigen Grenze zweckmäßiger erreichen. Wenn Sie den Antrag dem Rechtsausschuss überweisen, können dort beide Entwürfe gleichzeitig beraten werden.

Abg. Malchow (Komm.) fordert noch weitergehende Erhöhungen der Pfändungsgrenze.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch teilt mit, daß die Vorbereitungen für die Neuordnung der Beamtenegehälter bereits getroffen sind.

Die Vorlage geht an den Rechtsausschuss. Es folgt der unabhängige Antrag über die

## Besteuerung des Börsenverkehrs

Vizepräsident Kießer teilt mit, daß der Steueraussschuss sich mit der Frage der Börsenumsatzsteuer beschäftigt und einen Antrag Reil (Soz.) einstimmig angenommen hat, wonach die Reichsregierung ermächtigt werden soll, den Steuersatz der Tarifnummer 4a, 5 des Reichsstempelgesetzes bis auf 1 Proz. und im Falle der Ermächtigung unter 1 zu dieser Tarifnummer bis auf 2 vom Tausend, den Steuersatz der Tarifnummer 4a, 6 bis auf 1 Proz. zu erhöhen und diese Steuer auf andere Anschaffungsgeschäfte auszuheben, die ausländische Zahlungsmittel zum Gegenstand haben und bisher nicht unter die Tarifnummer 4a, 6 fielen oder von der Steuer befreit waren. Das Gesetz soll mit dem auf seine Verfertigung folgenden Tage in Kraft treten.

Das Haus tritt diesem Ausschussbeschluss in zweiter und dritter Lesung einstimmig ohne Aussprache bei.

## Veranlagung und Erhebung der Reichseinkommensteuer.

Abg. Goheln (Dem.): Die Steuerpflichtigen sind gezwungen, Rücklagen für die schuldigen, aber noch nicht veranlagten Steuern zu machen, die ihnen nur ganz gering verzinst werden. Währenddessen wartet das Reich schon über ein halbes Jahr auf die Steuerbeiträge und muß sich inzwischen mit der Notpresse Geld verschaffen. Daher rübet zum Teil auch das Volkstodend. Man hätte besser die alten Veranlagungsbehörden beim Uebergang der Steuern auf das Reich beibehalten sollen. Durch die Neueinrichtung der Verwaltung ist es zu der unerhörten Verfehlung gekommen. Auch die Länder und Gemeinden sind schwer geschädigt. Den Arbeitern und Angestellten werden die Steuern abgezogen, während die reichen Leute noch nicht einmal wissen, wieviel sie zu zahlen haben. Die Regierung muß schleunigst handeln.

## Staatssekretär Japp

bekreitet jegliches Verschulden der Reichsfinanzverwaltung an der Verzögerung. Auch heute noch sind die Ausföhrungen für die Veranlagung nicht erfreulich. Das Jahr wird vergehen, ehe sie abgeschlossen ist. (Hört! hört!) Der Uebergang der Finanzverwaltung auf das Reich ist nicht verantwortlich für die Verzögerung. In Preußen, wo die alten Behörden übernommen wurden, ist man auch nicht weiter. Verantwortlich aber ist das Schwanken der Gesetzgebung. Die Ausföhrungsbestimmungen zur Einkommensteuer konnten erst am 25. Juli 1921 veröffentlicht werden. Können wir die Veranlagung für 1920 noch in diesem Jahre beenden, dann kann sich die Veranlagung für 1921 sofort anschließen.

Abg. Alkotte (Z.): Die Finanzämter sollten über Kleinigkeiten hinwegsehen und lieber eine Steuerbereinsichtigung ergehen lassen.

Abg. Dr. Herx (U. Soz.): Die Interessenten haben der Veranlagung ungeheure Schwierigkeiten bereitet, einerseits persönlich, andererseits durch ihre wirtschaftlichen Interessenverbände. Je länger wir warten mit der Einziehung, um so geringer werden die Erträge sein. Wir beantragen, daß jeder Steuerpflichtige innerhalb einer bestimmten Frist den von ihm selbst eingeschätzten Steuerbetrag vorläufig abzuführen soll.

Abg. Dr. Hefferich (Dnl. Sp.): Der Aufbau der ganzen Steuererhebung ist viel zu kompliziert und muß zur Katastrophe führen. Es muß in der Verwaltung wie in der Gesetzgebung größere Einheitlichkeit Platz greifen.

Staatssekretär Japp: Es ist unmöglich, daß die Finanzämter sich jetzt mit der Einziehung von Abgaben befassen, die der Steuerpflichtige ihnen anbietet. Ist die Veranlagung für 1920 fertig, dann kann im Frühjahr schon die Vorauszahlung für das laufende Jahr erfolgen und die Klagen werden verschwinden. Die Rückzahlung der zu viel gezahlten Lohnabzüge hat an einzelnen Stellen zu einem Sturm an den Finanzämtern und zu ihrer Veranlagung geführt.

## Abg. Simon-Schwaben (Soz.):

Wir stimmen beiden Anträgen zu. Die Veranlagung ist auch bei den Besitzsteuern noch sehr im Rückstand. Die Arbeitnehmer, die ihre Steuern ja im voraus zahlen, werden von der Verzögerung bei der Rückzahlung zu viel gezahlter Steuern am härtesten getroffen, da ja die Geldentwertung rasend fortfährt. Dieser Zustand ist völlig unerträglich. Die Langsamkeit bei den Finanzämtern hat ihren Grund vor allem darin, daß nicht nur

## die Länder eine gewisse Steuerabotage

üben, sondern auch Interessensverbände dazu anreizen, und sogar gewisse reaktionäre Leiter von Finanzämtern Sabotage treiben.

Abg. Dr. Becker-Helsen (D. Sp.): Wo die Verwaltung von den Ländern übernommen ist, darf sie unter keinen Umständen mehr geändert werden, auch nicht aus Sparankheitsgründen, denn wenn die Gesetzgebung dem Rade der Verwaltung in die Speichen greift, stehen wir im Frühjahr vor dem Zusammenbruch der Behörden.

Die beiden Anträge werden darauf dem Steueraussschuss überwiesen.

Freitag 1 Uhr: Anfragen, sozialdemokratische Interpellation über die Forderungen der Entente auf Zerstörung der Deutschen Werke, erste Lesung sämtlicher Steuervorlagen.

Schluß 6 Uhr.

## Briefkasten der Redaktion.

W. G. 100. 1. Verforgungsamt, Berlin-Schöneberg, General-Post-Str. 2. Ja. Bezüglich der Rückzahlung müssen Sie einen besonderen Antrag stellen. — 1921. F. G. 1. Ja. 2. 10 Prozent. 3. Das trifft nicht zu. 4. Ja. — W. G. 15. Ja. Wenden Sie sich an den Gemeindevorstand bzw. Landrat, wo Sie alles Nähere, besonders auch die Höhe des Zuschusses erfahren werden.

# Kleide Dich billig, elegant!

im Leihhaus Moritzplatz 58a

# Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer

teils auf Seide, jetzt für 400-600 M. Ferner Damen-Kostüme, -Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm billig! Pelzwaren: Kreuzfuchs 300, Zobelfuchs 400, Blau-, Silberfuchs e. Skunks, Wölfe, Luchs, Sportpelze 800, Gehpelze 1500, Pelzmäntel 2500. Keine Lombardwaren.

## Theater, Lustspiele usw.

- Opernhaus**  
12 Uhr: Sinfonie-Konzert  
II. Sinfonie-Konzert
- Schauspielhaus**  
Die gefesselte Phantasie
- Deutsch. Theater**  
7 1/2 Uhr: Kean  
So. 7 1/2 Uhr: Louis Fordland, Prinz von Preußen
- Kammerspiele**  
8 Uhr: Der Hühnerhof  
So. 8 Uhr: Der Hühnerhof
- Gr. Schauspielh.**  
(Karlstraße)  
7 1/2 Uhr: Die Räuber  
So. 7 1/2 Uhr: Die Räuber
- Theater i. d. Könlgrätzer Str.**  
Täglich 7 30 Uhr:  
**Manon Lescaut**  
(Orska, Jansen, Riemann, Bildt, Brandt, Picha, Rehkopf, Appelt, Klupp, May)
- Komödienhaus**  
Täglich 7 30 Uhr:  
**Die Fahrt ins Blaue**  
Gillner, Richard, Engl, Vepermann, Sieda, Dernburg
- Berliner Theater**  
Täglich 7 30 Uhr:  
**Prinzessin Olala**  
Fritzi Massary a. G., Ralph Art, Roberts, Pepi Zampa, Kiper
- Residenz Theater**  
Täglich 7 30 Uhr:  
**Der König in Paris**  
Olgalimburg, Kaiser-Ritz, Else Wasa, Exces Tex
- Trionan-Theater**  
Täglich 7 30 Uhr:  
**Mein Freund Teddy**  
Arnold Korff, Lotte Klünder, W. Bendow, Gls. Schneider-Nissen, Fr. Schöneemann
- Kleines Theater**  
Täglich 7 30 Uhr:  
**Frl. Josette - meine Frau**  
Eugen Burg, Carola Toelle, Falkenstein, R. Maab
- Admirals-Palast**  
7 1/2 Uhr: Die roten Schuhe
- Volksbühne**  
Theater am Bülowplatz  
7 1/2 Uhr: Bauer als Millionär
- Lessing-Theater**  
7 1/2 Uhr:  
**Der lasterhafte Herr Teuch**  
Sonnab. u. Sonn. 7 1/2 Uhr:  
**Die Spielereien einer Kaiserin**
- Deutsches Künstler-Th.**  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
**Der heilige Amrosius**
- Central-Theater**  
8 Uhr: D. Detektivmädels  
Deutsches Opernhaus  
7 1/2 Uhr: Die Fledermaus  
Friedr. Wilhelmstadt. Th.  
8 Uhr: American Girl  
Intimes Theater  
8 Uhr: Die Spelunke / Lauf doch nicht immer nackt herum  
Kleines Schauspielhaus  
7 1/2 Uhr: Kiki (Lustsp.)  
Lustspielhaus  
7 1/2 Uhr: Peter Brauer  
Metropol-Theater  
7 1/2 Uhr: Die Straßensängerin  
Neues Operntheater  
8 Uhr: Königin d. Nacht  
Neues Theater am Zoo  
8 Uhr: Das Ewig-Männliche  
Neues Volkstheater  
7 1/2 Uhr: Die Wildente  
Schiller-Th. Charlottenb.  
8 Uhr: Nichter v. Zahmen  
Schloßpark-Th. Steglitz  
7 1/2 Uhr: Ehe  
Thalia-Theater  
7 1/2 Uhr: Schäm' Dich, Lotte  
Theat. z. Nollendorplatz  
7 1/2 Uhr: Helmat  
7 1/2 Uhr: Die Ehe im Kreise  
Theater des Westens  
7 1/2 Uhr: Braut d. Lucullus  
Süd. 3 1/2 Uhr: Hansel u. Gretel  
Th. i. d. Kommandantenstr.  
(Jüd. Künstler-Theater)  
7 1/2 Uhr: Dybuk  
Wallner-Theater  
7 1/2 Uhr: Nixchen  
Volksoper, Wallhalla-Th.  
8 Uhr: Glocken v. Corneville
- Theater des Ostens**  
(Rose-Theater)  
7 1/2 Uhr:  
**Fidele Brüder**  
Kabaret  
**Wiedereröffnet!**

## Komische Apollo-Theater 8 Uhr

7 1/2 Uhr Oper  
Die große Revue  
**Der Herr der Welt**  
Max Landa, Bruno Kastner, Franz Groß, Wilhelm Hartstein, Paul Westermeyer, Lotte Werkmeister, Sascha Gura, Erna Alberti, Albert Paulig, Hertha Richter sowie 75 Damen Ballet!

Die Ausstattung-Operette  
**Frau Luna**  
Oskar Sado a. G., Else Berna, Martin Kettner, Fritz Arco, Fritz Steidl, Kurt Nießwand, Grigolatis - Luft-Ballett  
= Sonntag 3 1/2 Uhr =  
zu ermäßigten Preisen  
„Frau Luna“ in Originalbesetzung

VORVERKAUF In beiden Theatern ab 10 Uhr ununterbrochen

# Gewaschen mit DIXIN

**Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf.**

## Theater am Kurfürstendamm

Allabendl. 8 Uhr  
**Ingeborg**  
Eckersberg, Sandrock, Goetz, Günther, Walter

7 1/2 Uhr:  
**Tribüne. Die fremde Frau**  
(La femme X...)  
mit Rosa Valetti

**Größenwahn**  
Lutung, Rosa Valetti  
Allabendl. 8 1/2 Uhr

## FOLIES CAPRICE

Linienstr. 132, am Oranienburger Tor  
Täglich 8 Uhr:  
**Nanons Debut**  
Posse mit Gesang mit Ferd. Grunewald  
Tel.: Norden 8650

## Casino-Theater

Lehring, Str. 37 Tägl. 7 1/2 Uhr  
Ganz. neues Programm.  
Der Schläger der Spielzeit  
Volkstück in 4 Aufzügen  
Vollständige Preise!  
Sonn. 3 1/2. Pantoffelbald

## WINTERGARTEN

Varieté-Spielplan  
Rauchen gestattet!

## Circus Busch

Wiedrum nach der Sonntag!  
Nachm. 3 Uhr. 1 Kind frei  
Vkt. Werth u. Circ.-K.  
Lin.-K. Breitbarth. 15. 11

## Alhambra

Varieté am Moritzplatz  
**Damen-Boxkampf**  
8 Uhr  
u. das Riesenvarieté-Programm  
Sonntag  
2 Vorstellungen

## Hagenbeck

Kleinstpark  
Sonnabend und Sonntag 3 und 1/2 Uhr  
Nachmittags für Kinder halbe Preise  
Vorverkauf Tietz und Hagenbeckkassen

## Passage-Theater

Unter den Eichen 22-23  
Dir.: M. Sallman  
2 Aufführungen  
**Das Mädchen aus dem Sumpf**  
Nach einem Roman von Hans Sch. 8  
Teatropiel in 5 Akten  
Hauptrolle  
**Druso Singsen**

## Der König der Kraft

L. E. Kroll, Kamppe  
Ein Ringkampf im Leben und Tod.  
Hauptrolle: Bumbo, Weltberühmter

## Reichshallen-Theater

Stettiner Sänge  
Abds. 7 1/2 u. 8 1/2 Uhr  
Nachm. 7 1/2 Uhr  
Varieté-Dionhoff-Breitl

## Theat. a. Kottbus. Tor

Tägl. 7 1/2 Uhr und Sonnab. nachm. 3 Uhr  
**Elite-Sänger**  
Sonnabend 7 1/2 u. 8 1/2 Uhr  
Kleines Orchester  
Klein-Bühne  
u. der Menschenfresser. AL. Breitl

## Metropol

Behrenstr. 54  
8 Uhr  
**11 Sensationen**

## BTL

Potsdamer Str. 35  
Turnstr. 12  
Uraufführung  
**Michael Bohnen**  
in: Das Geheimnis einer Brigg  
Dazu:  
**Chaplin**  
läuft Rollschuh

## Alhambra

Varieté am Moritzplatz  
**Damen-Boxkampf**  
8 Uhr  
u. das Riesenvarieté-Programm  
Sonntag  
2 Vorstellungen

## Alhambra

Varieté am Moritzplatz  
**Damen-Boxkampf**  
8 Uhr  
u. das Riesenvarieté-Programm  
Sonntag  
2 Vorstellungen

## Alhambra

Varieté am Moritzplatz  
**Damen-Boxkampf**  
8 Uhr  
u. das Riesenvarieté-Programm  
Sonntag  
2 Vorstellungen

## Alhambra

Varieté am Moritzplatz  
**Damen-Boxkampf**  
8 Uhr  
u. das Riesenvarieté-Programm  
Sonntag  
2 Vorstellungen

**Allen voran**  
beim Einkauf von  
**Brillanten Platin- Gold- und Silber-**  
Besch.  
Uhren, Zahngebisse  
Ketten

die führende Firma  
**Juwelier H. Wiese**  
Artilleriestraße 30  
Telephon Nord. 1030  
5 Minuten v. Bahnhof Friedrichstr.

Die Treue und das unerschütterliche Vertrauen, mit denen immer wieder das alte Publikum zu unserer Firma hält, ist der sicherste Beweis und zugleich der Dank für die strenge Arbeit!

maltes Unternehmern  
ich habe auch weiterhin trotz aller Anfeindungen den guten Ruf meiner Firma hoch gehalten.

geblüht, Neuenberg 4065  
Friedrichstr. 30

## Pfandscheine Brillanten, Gold Silber (Bruch) Platin Zahngelisse

Zahn 10 bis 150 Mark  
Prisonen-Feldstecher  
Ankauf zum Auslandkurs  
Erfahrung von ausländischen Gold- und Silbermünzen  
Kurt Kehler, Berlin  
Lothring Str. 34

## Brillanten, Juwelen

**kauf** auch ganze Nachlässe  
besonders große Posten  
gute Ware, zum höchsten Kurs  
Amsterdamer Diamantenschleiferei  
Gegr. 1892, 160 Friedrichstr. 160

## Garderobe

für Herren, Damen und Knaben  
- neue modische Stoffe auf  
bequeme Teilzahlung bei mäßiger Anzahlung  
**Heinrich Georg**  
Andreasstr. 28, I. Etage (am Andreasplatz)



